

Klaus Schieble

*BC,*

Die Kompetenz der  
Europäischen Gemeinschaft  
für die Harmonisierung  
des Urheberrechts im Zeitalter  
der Informationsgesellschaft



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG UND WEITERE VORGEHENS WEISE	17
1. TEIL: DIE HERAUSFORDERUNGEN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT	21
<b>1. Kapitel : Darstellung der Informationsgesellschaft und der Herausforderungen an das Recht</b>	<b>21</b>
A. Digitalisierung	22
I. Darstellung	22
II. Die Herausforderungen an das Recht	23
1. Dematerialisierung	23
2. Unterschiedliche Behandlung von analogen und digitalen Werken?	24
a. Schutzfähigkeit	24
b. Schutzweite	25
3. Das Multimediawerk als neue Werkart?	26
a. Definition und Abgrenzung des Multimediawerks	26
b. Schutzmöglichkeiten für ein Multimediawerk	27
4. Digitalisierung als neue Form der Bearbeitung?	29
5. Digitalisierung als Vervielfältigung?	29
6. Mit der Digitalisierung verbundene Gefahren für das Urheberrecht	30
B. Leistungsstarke Computersysteme	32
C. Weltweite Vernetzung von Computern	32
I. Darstellung	32
II. Die Herausforderungen an das Recht	35
D. Interaktivität	36
E. Droht ein Ende des Urheberrechts?	37
F. Zusammenfassung	40
<b>2. Kapitel : Die Rolle des Rechts bei der Entwicklung der Informationsgesellschaft</b>	<b>40</b>
A. Regelungsaktivitäten auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft	41
I. Genereller Rechtsrahmen	42
1. Allgemeines	42
2. Elektronischer Geschäftsverkehr	43
3. Globalisierung	44
4. Konvergenz	44
II. Urheberrecht	46

Regelungsaktivitäten in den Mitgliedstaaten, in Drittstaaten und auf Ebene von internationalen Organisationen	50
Genereller Rechtsrahmen	50
1. Die ersten allgemeinen Initiativen	50
2. Elektronischer Geschäftsverkehr	53
II. Urheberrecht	54
<b>2. TEIL: DIE URHEBERRECHTSSYSTEME IN DEN MITGLIED-STAATEN</b>	<b>59</b>
<b>1. Kapitel : Einleitung</b>	<b>59</b>
<b>2. Kapitel : Gegenüberstellung von kontinental-europäischem droit d'auteur und angelsächsischem Copyright</b>	<b>62</b>
A. Entwicklung und philosophischer Hintergrund	62
I. Droit d'auteur	62
II. Copyright	64
III. Zusammenfassung	66
B. Die wesentlichen Aspekte des Schutzes des Urheberrechts im Vergleich	66
I. Einleitung	66
II. Person des Urhebers	67
III. Urheberpersönlichkeitsrecht	69
1. Allgemeines	69
2. Arten des Urheberpersönlichkeitsrechts	70
a. Recht auf Anerkennung der Urheberschaft	70
b. Recht auf Schutz vor Entstellungen	72
c. Sonstige Rechte	74
3. Verzichtbarkeit und Übertragbarkeit des Urheberpersönlichkeitsrechts	75
4. Bewertung des Urheberpersönlichkeitsrechts	77
5. Zusammenfassung	78
IV. Übertragbarkeit	79
V. Trennung von Urheberrecht und verwandten bzw. sonstigen Schutzrechten	80
VI. Schöpfungshöhe	83
VII. Schranken und Abgabensysteme für Leermedien und Abspielgeräte	90
VIII. Folgerecht	93
IX. Sonstige Bereiche	96
1. Regelungsdichte	96
2. Formalitäten	96
C. Zusammenfassung	96

<b>S.Kapitel</b>	<b>: Die ersten Angleichungen durch fünf EG-Richtlinien</b>	97
*t A.	Einleitung	97
B.	Die ersten fünf Richtlinien	97
I.	Computerprogramm-Richtlinie vom 14.5.1991	98
II.	Vermiet- und Verleihrecht-Richtlinie vom 19.11.1992	99
III.	Satellit- und Kabel-Richtlinie vom 27.9.1993	101
IV.	Schutzdauer-Richtlinie vom 29.10.1993	102
V.	Datenbank-Richtlinie vom 11.3.1996	103
C.	Grundsätze im gemeinschaftlichen Besitzstand	106
<b>4. Kapitel</b>	<b>: Bisherige Angleichung durch internationale Konventionen</b>	108
A.	Einleitung	108
B.	Revidierte Berner Übereinkunft	108
C.	Rom-Abkommen	109
D.	TRIPs-Abkommen	109
E.	Die Verträge im Rahmen der WIPO vom 20.12.1996	110
I.	WIPO Urheberrechtsvertrag	111
II.	WIPO Vertrag über Darbietungen und Tonträger	112
III.	Die beiden nicht angenommenen Vertragsentwürfe sowie weitere Bereiche	113
F.	Verhandlungen über ein multilaterales Investitionsabkommen	114
<b>3. TEIL:</b>	<b>DIE KOMPETENZ DER EUROPÄISCHEN GEMEIN-</b>	
	<b>SCHAFT BEI DER RECHTSANGLEICHUNG IM BEREICH</b>	
	<b>DES URHEBERRECHTS</b>	115
<b>1. Kapitel</b>	<b>: Einleitung</b>	115
<b>2. Kapitel</b>	<b>: Die anfängliche gemeinschaftliche Angleichungsphase und der</b>	
	<b>damalige Streit über das Bestehen der gemeinschaftlichen Kompetenz</b>	
	<b>im Bereich des Urheberrechts</b>	118
A.	Die ersten Initiativen von EG-Kommission und Europäischem Parlament und die	
	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes	118
B.	Kritische Stimmen	119
<b>3. Kapitel</b>	<b>: Die weitere Entwicklung der gemeinschaftsweiten</b>	
	<b>Urheberrechtsangleichung</b>	
A.	Einleitung	123
B.	Die Harmonisierungsmaßnahmen	123

- C. Die kurzzeitige Diskussion über die Kompetenz im Rahmen der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ 125
- D. Droht eine neue Debatte um die gemeinschaftliche Kompetenz im Zusammenhang mit der Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft? 126

<b>4. Kapitel</b>	<b>: Die Zuweisung von Kompetenzen im Bereich des Urheberrechts zugunsten der Europäischen Gemeinschaft</b>	126
A.	Einleitung	126
B.	Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 Abs. 1 EGV) als Ausgangspunkt	126
C.	Fehlen einer ausdrücklichen Sachbereichskompetenz	128
D.	Die möglichen Kompetenzausschlussnormen	129
I.	Art. 295 EGV	130
II.	Art. 307 EGV	132
III.	Kulturkompetenz der Mitgliedstaaten und Gebot der Achtung der nationalen Identitäten der Mitgliedstaaten (Art. 6 Abs. 1 EUV)	132
IV.	Bewertung	134
E.	Die möglichen Kompetenznormen	134
I.	Art. 133 EGV	135
II.	Art. 151 EGV	135
III.	Art. 154 EGV	137
IV.	Der Binnenmarkt	137
1.	Warenverkehrsfreiheit	140
2.	Niederlassungsfreiheit	140
3.	Dienstleistungsfreiheit	141
4.	Art. 95 EGV	141
V.	Art. 308 EGV	147
VI.	Soziale Kompetenz	148
VII.	Kompetenz aufgrund des gemeinschaftlichen Besitzstandes?	148
VIII.	Art. 10 EGV	149
IX.	Die Rolle des Nichtdiskriminierungsgebots (Art. 12 Abs. 1 EGV)	149
X.	Die Rolle von Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auf der Ebene der Kompetenzzuweisung	151
1.	Die Rolle des Subsidiaritätsprinzips auf der Ebene der Kompetenzzuweisung	151
2.	Die Rolle der Verhältnismäßigkeit auf der Ebene der Kompetenzzuweisung	153
F.	Folgerungen aus dem Fehlen einer ausdrücklichen Sachbereichskompetenz und aus dem Vorliegen einer Querschnittskompetenz	154
G.	Exkurs: Die politische Komponente als zusätzliches Hindernis	158
H.	Zusammenfassung	159

<b>5. Kapitel</b>	<b>: Der Umfang der gemeinschaftlichen Kompetenzen im Bereich des Urheberrechts</b>	160
A.	Einleitung	160
B.	Das Subsidiaritätsprinzip	161
I.	Einleitung	161
II.	Umfang und Natur des Subsidiaritätsprinzip	161
1.	Geschichte des Subsidiaritätsprinzips	161
2.	Die Ausformung des Prinzips im EG-Vertrag	163
a.	Anwendung nur im Bereich der konkurrierenden Zuständigkeit	164
b.	Textinterpretation	168
aa.	Das „nicht ausreichend“-Kriterium	169
bb.	Das „besser“-Kriterium	170
cc.	Das Verhältnis der beiden Satzteile zueinander	170
c.	Folgerungen für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Verwirklichung des Binnenmarktes	172
C.	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	174
I.	Einleitung	174
II.	Umfang und Natur des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	174
1.	Geschichte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	174
2.	Die Ausformung des Prinzips im EG-Vertrag	175
a.	Entwicklung	175
b.	Anwendbarkeit und Natur	176
c.	Folgerungen für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Verwirklichung des Binnenmarktes	179
aa.	Die generelle Wirkung: Vermutung der einschränkenden Auslegung	179
bb.	Geeignetheit der Maßnahme zur Sicherung des ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarktes	182
cc.	Spürbarkeit der Beeinträchtigung und Notwendigkeit der Maßnahme in Form des geringstmöglichen Eingriffs	183
i.	Allgemeines	183
ii.	Beurteilung des Handlungsbedarfs anhand der Spürbarkeit der Beeinträchtigung auf den Binnenmarkt	183
(1)	Einheitliches Schutzniveau aufgrund schon vorhandener einheitlicher Regelungen	186
(2)	Vergleichbares Schutzniveau aufgrund in den Mitgliedstaaten schon vorhandener, unterschiedlicher Konzeptionen	187
(3)	Vergleichbares Schutzniveau aufgrund außerrechtlicher Gegebenheiten: Die Rolle der Privatautonomie	194

iii.	Beurteilung des Handlungsbedarfs am Maßstab des geringstmöglichen Eingriffs	202
(1)	Beschränkung auf die Schaffung eines gleichwertigen Schutzniveaus	202
(2)	Die gegenseitige Anerkennung als Modellfall des gleichwertigen Schutzniveaus	206
(3)	Folgerungen für die Praxis und Kritik an der bisherigen Harmonisierung	212
dd.	Angemessenheit der Maßnahme	217
ee.	Zusammenfassung	218
D.	Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft aus Sicht der EG-Kommission und Stellungnahme	219
E.	Schlussfolgerung und Zusammenfassung	226

#### 4. TEIL: KRITISCHE WÜRDIGUNG DER RICHTLINIE ZUM URHEBERRECHT IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT UND WEITERER BEABSICHTIGTER REGELUNGEN 229

<b>1. Kapitel</b>	<b>: Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft</b>	229
A.	Einleitung	229
B.	Die einzelnen Regelungen	230
I.	Allgemeines zum Aufbau	230
II.	Art. 1: Anwendungsbereich	230
III.	Art. 2: Vervielfältigungsrecht	231
IV.	Art. 3: Recht der öffentlichen Wiedergabe von Werken und Recht der öffentlichen Zugänglichmachung sonstiger Schutzgegenstände	232
V.	Art. 4: Verbreitungsrecht	236
VI.	Art. 5: Ausnahmen und Beschränkungen	238
1.	Allgemeines	238
2.	Art. 5 Abs. 1	240
3.	Art. 5 Abs. 2 (Ausnahmen und Beschränkungen des Vervielfältigungsrechts) und Art. 5 Abs. 3 (Ausnahmen und Beschränkungen des Vervielfältigungs- und Wiedergaberechts)	243
a.	Schwächen von beiden Absätzen	243
aa.	Ausgestaltung als fakultative Schranken	243
bb.	Detailliertheit der Schranken	245
cc.	Abschließende Aufzählung der zulässigen Schranken	246
b.	Art. 5 Abs. 2: Schranken des Vervielfältigungsrechts	247
aa.	Reprographie	247

	bb. Privatgebrauch	248
	cc. Sonstige Schranken in Art. 5 Abs. 2	252
I	c. Art. 5 Abs. 3: Schranken des Vervielfältigungs- und des	
f'	Wiedergaberechts	253
%	aa. Allgemeines	253
%	bb. Behinderte Menschen	253
i~>	cc. Verwendung von Auszügen in Verbindung mit der Berichterstattung	
i	über Tagesereignisse	253
	dd. Namensnennungsrecht	253
*	4. Art. 5 Abs. 5	254
	5. Nicht geregelte Bereiche	255
	a. Vertragliche Abbedingung der Schranken	255
	b. Recht auf Informationsfreiheit	256
	c. Zwangslizenzen	258
	d. Geräte- und Leermedienabgaben	261
	VII. Art. 6: Pflichten in Bezug auf technische Maßnahmen	263
	VIII. Art. 7: Pflichten in Bezug auf Informationen für die Rechtswahrnehmung	272
	IX. Art. 8: Sanktionen und Rechtsbehelfe	275
	X. Art. 9: Weitere Anwendung anderer Rechtsvorschriften	275
	XI. Art. 10: Zeitliche Anwendbarkeit	276
	XII. Art. 11: Technische Anpassungen	276
	XIII. Art. 12: Schlussbestimmungen	277
	XIV. Art. 13: Umsetzung	277
	XV. Art. 14: Inkrafttreten und Art. 15: Adressaten	277
	XVI. Zusammenfassung	278
<b>2. Kapitel</b>	<b>: Auswirkungen auf die von der Richtlinie zum Urheberrecht in der</b>	
	<b>Informationsgesellschaft nicht geregelten Bereiche</b>	279
A.	Einleitung	279
B.	Verantwortlichkeit	280
I.	Allgemeines	280
	1. Einführung	280
	2. Mögliche Verantwortliche	281
	3. Die Haftung für Hyperlinks	291
	4. Beseitigung und Verhinderung rechtswidriger Zustände, die von Dritten	
	verursacht werden	294
II.	Verantwortlichkeit im Bereich des Urheberrechts und die Regelung in der	
	Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft	295
III.	Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr	299



C.	Die in den Initiativen zum Grünbuch über Urheberrecht in der Informationsgesellschaft zusätzlich behandelten möglichen Harmonisierungsbereiche	301
I.	Der digitale Rundfunk	301
II.	Anwendbares Recht und Gerichtszuständigkeit	302
1.	Anwendbares Recht	302
2.	Gerichtszuständigkeit	309
III.	Kollektive Verwaltung	311
IV.	Urheberpersönlichkeitsrecht	315
V.	Folgerecht	320
D.	Weitere mögliche Harmonisierungsbereiche	326
I.	Person des Urhebers und Rechtsinhaberschaft	326
II.	Zusammenführung von Urheberrechten und Leistungsschutzrechten	329
III.	Werkbegriff und Schöpfungshöhe/Originalität	330
IV.	Überblick über weitere Probleme	334
1.	Begriff der Erstveröffentlichung	334
2.	Urhebervertragsrecht	335
3.	Urheberrechtsschutz für Werke der öffentlichen Hand („Crown Copyright“)	337
5. TEIL: ERGEBNISSE		339
LITERATURVERZEICHNIS		343
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS		405
STICHWORTVERZEICHNIS		413